

Gutes linkes Leben

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Björn Hacker, Jan Krüger, Katharina Oerder, Max Reinhardt und Stefan Stache



Foto: © aytuncoylum - fotolia.com

Ein gutes Leben wünschen sich höchstwahrscheinlich alle Menschen in einer Gesellschaft. Doch die Palette an Antworten, wie dieses gute Leben denn konkret aussehen sollte, ist sehr heterogen. Lebensentwürfe sind emanzipierter geworden und vor allem jungen Menschen ist es wichtig, selbstbestimmt zu leben.

Gutes Leben braucht gute Lebensbedingungen und einen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie z.B. zu Bildung, Finanzen, Mitbestimmung und sozialer Sicherung. Historisch wurde dies durch die ArbeiterInnenbewegung mit der Etablierung und dem Ausbau des modernen Wohlfahrtsstaats gegen die Interessen des Kapitals und der Monarchie erkämpft. Unter veränderten Bedingungen kann die politische Linke gesellschaftlichen Fortschritt und mehr Gerechtigkeit nur erreichen, wenn es ihr gelingt, diese Zugänge im-

mer wieder zu erkämpfen, dem Wunsch nach mehr Teilhabe gerecht zu werden und so einen neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert zu ermöglichen. Aus diesem Grund müssen wir uns die Frage stellen, was denn aus linker Sicht ein gutes Leben ist oder sein kann. Welche gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen Voraussetzungen will die SPD schaffen, damit nicht nur ein gutes, sondern ein gutes *linkes Leben* möglich wird? Die Jusos haben sich dieser Frage in den vergangenen beiden Jahren gewidmet und werden ihre Antworten auf dem anstehenden Bundeskongress diskutieren.

Die Ausgangspunkte für eine grundlegende Analyse emanzipierterer Lebensentwürfe sind keineswegs auf junge Menschen beschränkt. In vielen Bereichen sehen wir veränderte Prioritätensetzungen, die vor einigen Jahren kaum denkbar gewesen wären. Der Wunsch

vieler Frauen und Männer nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann dafür exemplarisch stehen. Die zunehmende Digitalisierung verändert das Arbeitsleben von allen ArbeitnehmerInnen – zum Schlechten, wenn Arbeitsplätze und Teilhaberechte verloren gehen, zum Guten, wenn ein Mehr an Vereinbarkeit erreicht und die Entwicklung hin zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft umgekehrt wird.

Forscht man nach den Bedingungen für ein gutes linkes Leben, gerät man unweigerlich in das Spannungsfeld zwischen Pluralität von Lebensentwürfen und Paternalismus. Welche Voraussetzungen sind nötig, um möglichst vielen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen? Ohne der Gefahr paternalistischer Bevormundung zu erliegen, dürfen als Voraussetzungen eines guten Lebens die Prägung und Gewährleistung der Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht fehlen. Die Vielzahl pluralistischer Lebensentwürfe muss sich an diesen Grundwerten messen.

Gesellschaften sind immer durch Machtverhältnisse geprägt. Eine Verwirklichung von Prioritäten im eigenen Lebenslauf ist immer nur insoweit möglich, wie sie durch Machtverhältnisse begünstigt oder verhindert werden. Die große individuelle Freiheit für jede und jeden, die der Neoliberalismus scheinbar vor allem einer jungen Generation versprochen hat, erweist sich dort als Illusion, wo fehlende ökonomische Mittel oder gesellschaftlich gewünschte Verhaltensweisen mit Individualität in Konflikt treten. Tatsächlich befördert der Neoliberalismus individuelle Freiheit nur für wenige.

Die politische Diskussion der vergangenen Jahrzehnte tendierte dazu, die gesellschaftliche Absicherung von Risiken zunehmend zu individualisieren und zu privatisieren. Die Arbeitsmarktreformen von Rot-Grün basierten auf mehr Eigenverantwortung für das eigene Arbeitsleben und weniger Sicherheit für den

Fall der Arbeitslosigkeit. Im Gesundheitsbereich sind eine Reihe von Behandlungen aus dem Leistungskatalog auf die Versicherten umgelegt worden. Die Altersvorsorge wurde umgebaut mit dem Ziel, einen wachsenden individuellen Beitrag zur Rente zu verlangen. Die Kehrseite der Individualisierung der Gesellschaft äußert sich in weniger institutionalisierter Solidarität durch den Abbau von kollektiven Sicherungssystemen. Eine bittere Ironie der Geschichte ist, dass der Rückbau sozialer Sicherung ausgerechnet von der Sozialdemokratie vorangetrieben wurde, die sich so von der Partei der ArbeiterInnenbewegung zur Partei weniger AufsteigerInnen gewandelt hat.

Die durch schrittweise Auflösung des die Gesellschaft zusammenhaltenden sozialen Bands ermöglichte Entsolidarisierung zeigt sich besonders deutlich bei der heute jungen Generation, die durch Jahrzehnte des Neoliberalismus geprägt wurde. Ins Bewusstsein vieler ihrer VertreterInnen hat sich eingeebnet, dass Probleme am besten individuell zu lösen sind. Die eigene Leistung steht im Vordergrund für das gute Leben, nicht aber gesellschaftliche Umstände und kollektive, solidarische Lösungen. Wer vermag unter den heute Jungen auch den tradierten Sozialsystemen wie der gesetzlichen Alterssicherung noch trauen und unkritisch in sie einzahlen, nachdem ein Chor aus Politikern, Lobbyisten und Medien jahrelang unisono posaunte: „Wer weiß schon, ob ihr noch etwas herausbekommt“. Die fehlende Wahrnehmung von kollektiven Sicherungssystemen ist zum großen Teil den hausgemachten und falschen politischen Weichenstellungen geschuldet. Zentral stellt sich als Problem also das fehlende Vertrauen in die generationenübergreifende, staatlich organisierte soziale Sicherung und deren Infragestellung durch weite Teile der jungen Generation.

Dies zeigt sich auch bei der Partizipation in politischen Prozessen. Die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist für eine Demo-

kratie beschämend hoch. Die junge Generation hat aber nicht, wie vielfach vermutet, aus Bequemlichkeit oder Luxus das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Vorgängen verloren. Die neuste Shell-Jugendstudie zeigt, dass das Interesse wieder steigt. Andere Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass das Interesse an politischer Partizipation stets auf einem hohen Niveau geblieben ist. Es sind vielmehr die Beteiligungsformen, die sich gewandelt haben. Statt des langfristigen Engagements in Parteien sind viel häufiger monothematische, kurzfristige Engagements in Bürgerinitiativen oder individuelle Ausdrucksformen wie der Boykott von bestimmten Produkten gefragt. Die Individualisierung stellt also auch das politische Parteiensystem vor große Herausforderungen. Die kollektive Entscheidungsfindung mit Abwägungen und Kompromissen – auch über Themengrenzen hinweg – scheint so gar nicht zur individualisierten Vorstellung vom unbedingten Kampf für eine bessere Welt zu passen. Und doch zeigen die Solidarisierungen mit Flüchtlingen gerade auch bei der jüngeren Generation, dass die solidarische Hilfe weiterhin praktiziert wird. Der Abbau kollektiver Sozialsysteme und das Versagen des Staates wird basisdemokratisch-solidarisch kompensiert. Im Umkehrschluss aber heißt dies, dass kollektive Sicherheitssysteme sehr wohl die Unterstützung der Jungen haben, wenn sie die avisierten solidarischen Wertvorstellungen auch wirklich erfüllen.

Die Suche nach Antworten auf diese Herausforderungen ist nicht einfach und sie ist vor allem umfangreich. Alle Lebens- und Politikbereiche benötigen überzeugende solidarische Antworten zur zeitgemäßen Einbettung zunehmend selbstbestimmter Lebensentwürfe. Denn die Geschichte Sozialer Bewegungen hat gezeigt: Ein Mehr an Emanzipation und ein Mehr an Solidarität gehen Hand in Hand und sind keine Gegensätze. Die sozialdemokratische Reformagenda hat sich in den letzten Jahren tatsächlich in diese

Richtung entwickelt. Niedrigen Löhnen ist die SPD durch den Mindestlohn begegnet, dem Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Ausweitung des Elterngeldes, der zu niedrigen Repräsentation von Frauen in Führungsgremien durch eine Quote. Doch über diese einzelnen Maßnahmen hinaus bleibt die Suche nach zukunftsfähigen solidarischen Politiklösungen für die politische Linke hochaktuell, auch um verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Die Kampagne „Links Leben“ des Juso-Bundesverbandes ist an diesem Ziel ausgerichtet. Zusammen mit dem Verband wurden in sechs Zukunftswerkstätten, auf einem Basiskongress und dem Sommercamp nach solchen Politiklösungen gesucht. In Fragekomplexen wie „Wie viel Arbeit braucht das Leben?“, „Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?“, „Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?“ oder „Wie viel Kampf braucht die Welt?“ ging es um die Suche nach neuen und innovativen Antworten in einer individualisierten Gesellschaft. Die Antworten zeigen eine Richtung auf, in der es um ein Mehr an kollektiven Lösungen geht, wie um den Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung und von gesellschaftlich kontrollierter Aufgabenerfüllung in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie zeigen aber auch den Bedarf auf für ein Mehr an emanzipatorischen Rechten, wenn es um den Anspruch auf Bildung oder Arbeit geht.

Die Diskussion um Politikalternativen zur Stärkung kollektiver Solidarität ist mit der Kampagne der Jusos erst begonnen worden. Zum einen ist eine SPD-Linke darauf angewiesen, dass diese Diskussion so breit wie möglich in der Gesellschaft geführt wird. Zum anderen lassen erst Mehrheiten in Partei und Gesellschaft die Realisierung neuer Ideen moderner und selbstbestimmter Solidarität zu. Dafür ist es notwendig, aus abstrakten und generellen Diskussionen Reformprojekte herauszuarbeiten. Ein langer Weg liegt also noch vor uns.

Dieser Schwerpunkt ist ein Auftakt für diese Diskussion. Aus verschiedenen Bereichen lassen wir deshalb Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die sowohl gesellschaftliche wie historische Hintergründe beleuchten, als auch konkrete Politikbereiche analysieren.

Schwerpunktbeiträge

Max Reinhardt und *Stefan Stache* analysieren, ob Individualisierung den sozialen Sozialstrukturwandel zutreffend beschreibt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich die traditionellen solidarischen Einstellungen modernisiert und nicht individualisiert haben, wie bereits verschiedene Studien (z.B. von Michael Vester u.a.) gezeigt haben. Aber auch individualistische und autoritäre Einstellungen haben ihren Ort im sozialen Raum. Der Abbau kollektiver Sozialsysteme und der erhöhte „Druck auf das soziale Leben“ (Merleau-Ponty), führen zu unterschiedlichen Verarbeitungsformen: Mal sind sie solidarisch und die Abnahme kollektiver Solidarstrukturen wird bedauert und/oder kritisiert. Mal sind die Verarbeitungsformen individualistisch und es wird zum Lebensmotto, das Beste für sich und seine Familie aus den Arbeitsbedingungen zu machen. Mal sind sie paternalistisch und eine autoritäre Pädagogik wird als Lösung dargestellt. *Reinhardt* und *Stache* führen exemplarisch anhand unterschiedlicher Studien über verschiedene Berufsgruppen aus (z.B. Kutlu und Nachtwey/Wolf), dass solidarische Einstellungen nachzuweisen sind, die auch in der Praxis in Form von Kritik, Protest und Streiks zum Ausdruck kommen: teils innerhalb von einzelnen Berufsgruppen und Klassenfraktionen wie bei den KrankenpflegerInnen und ErzieherInnen, teils in klassenübergreifenden Bündnissen wie bei der FlüchtlingshelferInnenbewegung.

Christina Schildmann stellt zwei Leitfragen für eine Lebensarbeitszeitpolitik in den Mittelpunkt, um zu überprüfen, ob die politischen Instrumente emanzipatorisch wirken: Hilft die Maßnahme, im Lebensverlauf Perspektiven

zu eröffnen und Optionen zu erweitern, oder führt sie in berufliche und persönliche Sackgassen? Ist die Maßnahme geeignet, gegen die Spaltung der Arbeitsgesellschaft in Gewinner und Verlierer, in chronisch Privilegierte und „Underdogs“ zu wirken? Mit Hilfe dieser Fragestellungen widmet sie sich vier Themenkomplexen, die die Treiber von Veränderung auf dem Arbeitsmarkt darstellen: Alterung, Digitalisierung, Feminisierung und Wertewandel. In jedem dieser Abschnitte stellt sie den Stand der Debatte dar und skizziert politische Lösungsansätze für eine progressive Lebensarbeitszeitpolitik. Es geht in dem Beitrag nicht um ein bestimmtes Modell, sondern um die Verteilung von Zeitressourcen für Weiterbildung, Auszeiten usw. an sich, betont die Autorin.

Dennis Eversberg und *Barbara Muraca* gehen der Frage nach, wie sich die ökonomischen Umstände des Arbeitens und Lebens und der individuellen Selbstbestimmung gewandelt haben. Sie beschreiben die Ablösung des klassischen fordistischen Wachstumsansatzes hin zu einem global und flexibel agierenden Kapitalismus. Positiven Aspekten wie individuellen Fertigkeiten, effizienterer Nutzung von Rohstoffen und reduzierten Wertschöpfungsketten und Planungszyklen stehen heute neu erzeugte Unsicherheiten und Ausbeutungsketten gegenüber. Insbesondere der Faktor Arbeit wird im flexiblen Kapitalismus dank technischer und kommunikativer Koordinierungsinstrumente immer stärker entlang kurzfristiger Nachfrageschwankungen rationalisiert. Damit einher geht ein zunehmender Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, eine neue Dynamik der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, letztlich die Dividualisierung des Individuums gemäß den zeitlich und inhaltlich uneinheitlichen Erfordernissen des Marktes. Begrenzt wird diese Entwicklung zunehmender Flexibilisierung jedoch von der Endlichkeit verfügbarer Ressourcen, der schrittweisen Abflachung des wirtschaftlichen Zugewinns aus zunehmender Beschleunigung von

Arbeits- und Produktionsleistungen und dem Erreichen psychophysischer Belastbarkeiten. Wachstum wird durch diese Begrenzungen nicht verunmöglicht, aber komplizierter und nur mit Nebenwirkungen erreichbar. Nötig ist für Eversberg/Muraca die Vision einer Postwachstumsgesellschaft, die nicht die bestmögliche Anpassung des Individuums an die neuen Flexibilitäten und Grenzen kapitalistischen Wachstums in den Fokus stellt, sondern die Logik des Gegenwartskapitalismus hinterfragt. Gutes Leben ist demnach keines, das zunehmend prekär ist und insgesamt mit weniger auskommt, sondern die Ausgestaltung der eigenen Lebenszusammenhänge den Bedarfen des flexiblen Kapitalismus entreißt. Ein Mehr an wirtschaftlicher Selbstbestimmung im Rahmen gemeinsamer Entscheidungsfindung kann zu einem Zugewinn an Lebensqualität führen und zugleich ein weitreichendes Demokratisierungsprojekt darstellen.

Margit Rodrian-Pfennig fragt sich, welchen Beitrag Bildung für ein gutes linkes Leben leisten kann. Sie zeigt das Spannungsverhältnis von Bildung als kollektivem kritischem Lernprozess bis hin zur Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungssystem auf. Die Reorganisation des Bildungsbereichs unter Wettbewerbs- und Konkurrenzmustern der vergangenen Jahrzehnte hat die soziale Ungleichheit verstärkt. Hierzu haben, so die Autorin, Exzellenzcluster, der Wettbewerb um Exzellenzuniversitäten, die einseitige Orientierung an messbarem Output zur besseren Verwertbarkeit von Bildung und die Privatisierung von Schulbildung ihren Beitrag geleistet. *Margit Rodrian-Pfennig* beschreibt *Organische Intellektuelle* nach Gramsci als Teil der hegemonialen und imperialen Ordnung, die nach Foucault „Teil (...) der Selbstunterwerfung unter Herrschaft“ sind. Bildung könne also nicht der Adressat „politischer Veränderung“ sein, die allerdings auf Bildung „nicht verzichten“ könne. Die „sich weiter verschärfenden Krisen“ im Bildungs- und im Finanzsektor und im Carebereich, die international zur Verar-

mung „ganzer Staaten samt weiten Teilen ihrer Bevölkerungen“ geführt haben, zeigen die Notwendigkeit politischer Veränderungen eindringlich auf. Vorbildlich erscheint die Aufnahme des „*Buen Vivir* als politischem Konzept indigener Bewegungen in die Verfassung von Ecuador“ 2008 „und 2009 in Bolivien“. Das ursprüngliche Konzept wurde in der verfassungsgebenden Versammlung in Ecuador sogar noch kritischer ausgelegt. So wurden „das Wachstumsparadigma und das Gegensatzpaar entwickelt: unterentwickelt“ sowie die Ausbeutung der Natur kritisiert, da sie „die Existenzgrundlage vor allem indigener Völker zerstört“. Dennoch konnte diese Entwicklung nicht gestoppt werden, weil das Paradigma des Wirtschaftswachstums fortgesetzt wurde. Entscheidend seien im Sinne Paolo Freires befreiungspädagogisch motivierte kollektive Lernprozesse, um einen politischen Wandel zu ermöglichen. Die „epistemische Gewalt“ nach Castro Varela führe dazu, dass „subalternes Wissens gnadenlos missachtet und ausgelöscht“ werde. Diese „Verletzung“ schreibe „sich tief in die Bildungsbiografie“ ein, eine der Arbeiterklasse allzu bekannte Erfahrung. Der kollektive Lernprozess bestehe hingegen darin, im Sinne Gayatri Chakravorty Spivaks Privilegien als Vernebelung und Verlust an „Imaginationshorizonten“ verstehen zu lernen. So könne es gelingen, sich der hegemonialen Wissensreproduktion durch eine Entwicklung kritischen Denkens und Handelns zu widersetzen und das Wettbewerbsparadigma zu überwinden. ■

⇒ Dr. Björn Hacker ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

⇒ Jan Krüger ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und lebt in Berlin.

⇒ Katharina Oerder ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und Mitglied der spw-Redaktion.

⇒ Dr. Max Reinhardt promovierte an der Universität Hannover mit dem Buch „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“ und ist Autor zahlreicher Texte zur SPD. Er publiziert gemeinsam mit Stefan Stache zur solidarischen Gesellschaft.

⇒ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.